

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 19.40 Uhr

Anwesend waren:

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

**SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels

Ratsfrau Herta Everwien

Ratsherr Hans Grigull

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Jürjen Heinks

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsherr Friedhelm Merkentrup

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Beigeordnete Jenny Tamminga

Ratsherr Richard Woldmer

(ab 18.10 Uhr)

**CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Reinhard Hegewald

Ratsherr Uwe Hellmann

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken  
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders  
Ratsherr Günter Strelow

### **F.D.P.**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Erich Bolinius

### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtrat Ewald Fürst  
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

4 Zuhörer  
Vertreter der örtlichen Presse

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Herr Dr. Kleinschmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 38 Ratsmitglieder anwesend.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Brinkmann** teilt mit, die Vorlage 13/922 "Änderung des Gesellschaftsvertrages der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH" (TOP 6) werde zurückgezogen, weil es noch Beratungsbedarf gebe bezüglich der Entsendung von Ratsmitgliedern in die Gesellschafterversammlung aufgrund der von der F.D.P.-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Anträge.

**Herr Janßen** beantragt, die TOP 15 und 16 (33. Änderung des FNP sowie des Bebauungsplanes D 140 in Uphusen) heute abzusetzen. Herr Bongartz werde den Antrag begründen.

**Herr Bongartz** erklärt, seine Fraktion habe nach einem Gespräch mit dem Landwirt, der das Gebiet bewirtschaftete, den Eindruck gewonnen, daß dieser an einer ganz anderen Stelle bauen wolle als ursprünglich vorgesehen. Von daher möchte seine Fraktion sich noch einmal mit der Sache beschäftigen.

**Herr Röttgers** kann nur empfehlen, heute die Beschlüsse zu fassen, um die Errichtung eines Schweinemastbetriebes in der Nähe des Wohngebietes zu verhindern. Allerdings sei inzwischen bei dem Landwirt Bereitschaft zu erkennen, darüber nachzudenken, die Schweinemastanlage an einer weiter nördlich gelegenen Stelle als in der Bauvoranfrage beantragt zu errichten.



## Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999

Punkt 6: Vorlage 13/922  
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

Punkt 7: Vorlage 13/937  
Antrag der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Feuerwehr auf Erklärung zur Dienststelle im Sinne des Nds. Personalvertretungsgesetzes

Beschluß: Der Antrag der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Feuerwehr vom 15.02.1999 auf Erklärung zur Dienststelle im Sinne des Nds. Personalvertretungsgesetzes wird abgelehnt.

Ergebnis: einstimmig

(Herr Grigull nimmt an der Sitzung teil.)

Punkt 8: Vorlage 13/883/2  
I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1999

**Herr Hemken** führt aus, nach intensiven Beratungen in den Fraktionen und Gremien stelle sich die I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 1999 wie in der Anlage 1 aufgeführt dar.

Der Fehlbedarf werde neu festgesetzt auf 8,3 Mio. DM, und wenn man von einem voraussichtlichen Fehlbedarf im Jahre 2000 von 4,5 Mio. DM ausgehe, so habe man insgesamt noch einen Fehlbedarf von 12,8 Mio. DM. Das seien nur 10 % dessen, was man zunächst befürchtet habe. Man könne stolz darauf sein, daß es gelungen sei, den Fehlbedarf so weit herunterzufahren.

Herr Hemken gibt sodann einen kurzen Überblick über die zu erwartenden Steuereinnahmen, insbesondere aus der Gewerbesteuer, und bittet den Rat, der Vorlage zuzustimmen.

Nach Meinung von **Herrn Leeker** könne man den Fraktionen bescheinigen, daß sie sich bei den Beratungen des Nachtragshaushaltes verantwortungsbewußt verhalten und Augenmaß bewiesen hätten bei den Projekten, die man gemeinsam auf den Tisch gelegt habe und heute beschließen wolle. Die derzeitigen Beschlüsse sollten eine Brücke sein für das künftige Verhalten, nämlich daß man sich weiterhin intensiv beschäftigen müsse mit der sozialen Situation in verschiedenen Stadtteilen. Man werde sich bemühen müssen, die Selbsthilfe-Initiativen, die existierten und zum Freizeitwert in dieser Stadt beitragen, soweit wie möglich zu unterstützen.

Allerdings stehe auch im Vordergrund, die Kindergärten, Schulgebäude und Kinderspielplätze in Ordnung zu halten, denn diese Einrichtungen hätten einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der jungen Menschen. Seine Fraktion sei der Überzeugung, daß die Gebäudeunterhaltung insgesamt künftig mehr Geld verschlingen müsse, um den Wert zu erhalten, und erstmals auch im Bereich des Tiefbaus eine größere Summe eingesetzt werden könne.

Die Klage der Bürger über Schlaglöcher oder sonstige Mißstände sei riesengroß gewesen, obwohl man immer wieder darauf hingewiesen habe, daß nicht mehr Geld vorhanden sei.

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

Offensichtlich tendierten die Menschen immer mehr dahin, selbst kaum Geld geben zu wollen, aber immer mehr zu verlangen, wobei diejenigen, die an vorderster Front das Geschäft betreiben müßten, gelegentlich in der Diskussion dicke Beulen abbekommen hätten.

Man profitiere heute von der Klage mutiger Kommunen, denen man Dank und Respekt zollen müsse. Die Stadt Emden sei nicht so mutig gewesen und habe nicht geklagt. Er denke, daß man sich mit der daraus gewonnenen Einsicht künftig gelegentlich anders verhalten werde.

Er möchte sich bei all denen, die den Nachtragshaushalt aufgestellt hätten, bedanken. Innerhalb von 30 Tagen sei das umfangreiche Werk zustande gebracht worden, und auch die Fraktionen hätten eine organisatorische Leistung vollbracht. Er bedanke sich auch bei allen Kollegen, die dabei mitgeholfen hätten. Seine Fraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

**Herr Janßen** führt aus, noch vor wenigen Jahren sei die Situation eine andere gewesen. Man habe zusammengesessen und in schwierigen Gesprächen Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, die teilweise tiefe Einschnitte bedeuteten. Aber es habe sich gezeigt, daß diese Anstrengungen von Erfolg gekrönt seien.

Die jetzige Lage sei auf das Finanzausgleichsgesetz sowie auf die gute Konjunkturlage zurückzuführen, d.h. daß die Gewerbesteuer wieder fließe. Diese Konstellation werde man nach seiner Einschätzung in dieser Größenordnung nicht wiederbekommen.

Grundlage seiner Fraktion bei den Haushaltsberatungen sei immer gewesen, daß man die Interessen der Kinder und Enkel berücksichtigen müsse und ihnen nicht die Zukunft durch einen hohen Schuldenberg verbauen dürfe. Die Fraktionen hätten sich wie damals auch in der jetzt besseren Zeit zusammengesetzt und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten gefunden, den Nachtragshaushalt zu gestalten. Dafür möchte er ebenfalls Dank sagen, wohlwissend, daß viele Probleme noch gelöst werden müßten. Er hoffe, daß die Gemeinsamkeit über den heutigen Tag hinaus Gültigkeit haben werde.

In den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Kultur und Sport sei noch vieles zu erledigen. Man dürfe auch keine Ansprüche wecken, die man nicht erfüllen könne. Er möchte dafür plädieren, daß die begonnenen Maßnahmen in den Stadtteilen fortgesetzt und auch fertiggestellt würden und nicht wie z.B. beim Ausbau der Mühlenstraße nur zu einem Teil. Hierfür müsse man Mittel in den Haushalt 2000 einstellen.

Er möchte sich den Ausführungen von Herrn Leeker anschließen, daß man ohne die Klage in Bückeburg nicht in der Lage wäre, diesen Nachtragshaushalt, den seine Fraktion ebenfalls mittrage, zu verabschieden. Er danke den Fraktionen für die offene und ehrliche Zusammenarbeit.

**Herr Renken** trägt namens seiner Fraktion folgendes vor:

"Die wichtigste Botschaft des Nachtragshaushaltes ist eine positive: Die Defizite der Vorjahre konnten getilgt werden. Die düstere Prognose eines Kassendefizites von 120 Mio. bis 2002 hat sich nicht erfüllt. Dies ist vor allem der Tatsache zu verdanken, daß aufgrund der Sonderkonjunktur im Automobilbau die Gewerbesteuereinnahmen in 1998 und in diesem Jahr Rekordhöhen erreichten. 140 Mio. brutto (113 Mio. netto) anstelle der geplanten 60 Mio. (47 Mio. netto) füllen die Kassen des Kämmers.

Im Vergleich dazu nehmen sich die 6,9 Mio. DM Mehreinnahmen durch den kommunalen Finanzausgleich recht bescheiden aus und hätten alleine keinen substantiellen Beitrag zum Schuldenabbau leisten können. Hier trägt das Land im wesentlichen das nach, wozu es vom Verfassungsgerichtshof verurteilt wurde. Herr Leeker hat durchblicken lassen, daß die Stadt

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

Emden sich vielleicht doch der Klage hätte anschließen sollen, um nicht nur davon zu profitieren.

Aber die Freude über den Schuldenabbau sollte zu keiner Euphorie verleiten. Das strukturelle Defizit im Haushalt ist nicht beseitigt, sondern zunächst nur halbiert. Es gibt weiterhin Risiken, die uns dazu bewegen, den Kurs der Haushaltskonsolidierung weiter zu tragen. Dies ist vor allem die einseitige Abhängigkeit bei den Gewerbesteuererträgen von der Automobilindustrie. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Sonderkonjunktur dort ins Stocken gerät und damit auch die Einnahmeerwartungen reduziert werden müssen.

Zweitens müssen wir uns damit auseinandersetzen, daß das drastische Haushaltskonsolidierungsprogramm der Bundesregierung in bestimmten Bereichen zu Mindereinnahmen bei den Kommunen führen wird. Wenn die in der Presse genannten Zahlen des niedersächsischen Finanzministers stimmen, ist davon auszugehen, daß auch Emden mit einem Betrag von rund einer Million betroffen sein wird. Es muß aber ganz unmißverständlich gesagt werden: Dies sind die Altlasten der alten Bundesregierung, die jetzt abgetragen werden müssen. Welche Auswirkungen das Gesamtpaket letztendlich netto haben wird, ist noch nicht absehbar. Es gilt allerdings das Wort der rot-grünen Regierung, die Kommunen auch zu entlasten.

Zur Entwarnung gibt es somit keinen Anlaß. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, daß wir noch einen Millionenberg an unterlassener Unterhaltung der Bauten und Straßen vor uns herschieben, der auch in den nächsten Jahren nicht in der erforderlichen Dimension abgebaut werden kann.

Gleichwohl hat die Wiedergewinnung kommunalpolitischen Handlungsspielraums - wenn auch in bescheidenem Umfang - die Diskussion des Nachtragshaushaltes in unserer Fraktion bestimmt. Wir konnten den Vorschlägen der Verwaltung, was die Höhe und die Verwendung der Mittel betrifft, unsere Zustimmung geben. Allerdings in einem Fall auch nur mit Kopfschütteln. Der Etat für die Kosten der Straßenbeleuchtung soll um 300.000 DM aufgestockt werden. Das ist eine Erhöhung um 60 %! Die ist nicht mit einer Zunahme von Baugebieten zu erklären, wie der Herr Kämmerer meint. Nach unserer Auffassung ist die Umsetzung der geplanten Energieeinsparung viel zu lange verschleppt worden. Aber vielleicht gibt es ja in Kürze ein Licht am Ende des Tunnels. Auf der letzten Sitzung des Stadtplanungsausschusses hat uns Herr Röttgers jedenfalls Hoffnung gemacht.

Keine Zustimmung konnten wir dem Antrag der Verwaltung bezüglich Kickers geben. Hier ist der falsche Weg beschritten worden. Wir können von dieser Stelle aus Verwaltungsvorstand und Kickers-Präsidium nur den Rat geben, rechtzeitig das intensive Gespräch mit den Fraktionen zu suchen, bevor es zu Entscheidungen kommt.

Wir begrüßen die dringend notwendigen zusätzlichen Mittel für die bauliche Unterhaltung - die leider nur wenig mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein sein werden.

Aber auch die Modernisierung des Verwaltungsgebäudes und die Bereitstellung von 400.000 DM für die Aus- und Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ist für uns ein wichtiger Punkt. Zum einen hat das städtische Personal erhebliche Vorleistungen bei der Haushaltskonsolidierung erbracht, zum anderen wird eine Verwaltungsreform, die ihren Namen verdient, ohne motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Scheitern verurteilt sein.

Deswegen hatte unsere Fraktion bereits bei den Beratungen für den Doppelhaushalt 1998/1999 mehr Mittel gefordert. Seinerzeit haben wir leider kein Gehör gefunden. Hoffen wir nun, daß die bereitgestellten Mittel ziel- und aufgabengerecht, und damit meinen wir für eine effiziente, an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Verwaltung, eingesetzt werden.

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

Verwaltungsreform darf nicht eine großangelegte Selbstbeschäftigungsveranstaltung der Verwaltung sein, sie muß unmittelbar auch nach außen wirken. Mit dem Bürgerbüro und dem i-Punkt der Bauverwaltung sind Einrichtungen geschaffen worden, die noch erweiterungsfähig sind. In Zukunft muß auch über die Einrichtung eines Beschwerdemanagements in der Verwaltung nachgedacht werden, das den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, über verantwortliche Ansprechpartner unbürokratisch und schnell Antworten auf ihre Fragen zu bekommen und Abhilfe bei ihren Problemen, soweit es die Verwaltung betrifft, zu schaffen.

Wir haben darüber hinaus die Notwendigkeit gesehen, in bescheidenem Umfang zusätzliche Dinge in den Haushalt einzubringen. Wir haben die Priorität bei der Förderung der Kinder und Jugendlichen gesetzt, weil dies Investitionen in die Zukunft sind. Die Zukunft unserer Kinder wird davon mitbestimmt, welchen Rahmen wir ihnen heute setzen.

Die Verbesserung der Spielplatzsituation lag uns besonders am Herzen, und wir haben in den Gesprächen mit den anderen Fraktionen eine Verdoppelung des bestehenden Haushaltsansatzes erreicht. Nach unserer Auffassung sollten zukünftig die Zuständigkeiten für die Konzeption, Ausgestaltung und Pflege der Spielplätze bei einer Stelle gebündelt werden. Hier bietet sich der Fachbereich Jugend an.

Zustimmung fand unser Vorstoß für die kinderfreundliche Gestaltung des Stadtgartens. Hier soll zunächst ein Konzept von der Verwaltung entwickelt werden. Bei der Finanzierung sollten auch die Geschäftsleute ihrer Verantwortung nachkommen. Kinderfreundlichkeit ist ein wichtiges Merkmal einer attraktiven, kundenfreundlichen City. Dies ist auch ein Thema für das Bündnis für die Innenstadt.

Auch die Aufstockung der Mittel für den Ausbau der Jugendherberge fand die Zustimmung der anderen Fraktionen. Hier sind weitere Mittel im Haushalt 2000 erforderlich, um die Jugendherberge auf den heute üblichen Angebotsstandard zu bringen. Rund 13.000 Besucher weist die Jugendherberge im Jahr auf. Zunehmender Fahrradtourismus und die frühzeitige Bindung von jugendlichen Besuchern an Stadt und Region ist ein wichtiger Standortfaktor, den wir stärken möchten.

Einigkeit herrschte zwischen den Fraktionen, die Schulen wieder besser auszustatten. Mit den zusätzlich bereitgestellten Mitteln ist ein Anfang gemacht worden.

Ich möchte betonen, und das Ergebnis hat es gezeigt: Die gemeinsame Beratung zum Nachtragshaushalt fand in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt. Natürlich gibt es trotzdem Differenzen in der Bewertung der einen oder anderen Position. Wir hätten uns die Finanzierung durchaus durch Umschichtungen aus absehbar nicht umsetzbaren Haushaltstöpfen gewünscht. Der Zuschuß für den Betrieb eines Parkhauses in Höhe von 300.000 DM ist so ein Betrag.

Ich habe es schon in der Ausschußberatung betont. Wir unterstützen die Erhöhung des Zuschusses für die städtische Beschäftigungsgesellschaft AAGE. Herr Leeker als Mitglied der Gesellschafterversammlung hat uns erklärt: Entweder wir lassen es wie bisher, dann hat die Gesellschaft ihre Existenzberechtigung verloren. Oder wir bauen sie zu einem Instrument einer aktiven Arbeitsmarktpolitik aus, und dann müssen wir dafür etwas einsetzen. Daß wir diesen Weg so mitgehen, ist auch ein Stück Vertrauen in sie.

Wir wissen, daß die AAGE den im Gesellschaftsvertrag bestimmten Zweck bisher nicht erfüllt hat. Daß dies anders wird, dafür bieten wir Ihnen unsere Mitarbeit auch in Zukunft an. Aber wir sind als kleine Fraktion nicht in der Gesellschafterversammlung vertreten und deshalb bei der Beurteilung der Situation auf andere angewiesen. Welchen Grund gibt es eigentlich, den kleinen Fraktionen beratende Mitglieder in den Gremien zu verwehren? An-

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

dernorts ist dies längst ein Stück Normalität und gehört zur Ausbildung einer Vertrauenskultur im Rat.

Wir haben auch der von der SPD-Fraktion gewünschten Erhöhung des Ansatzes für die Unterhaltung der Straßen zugestimmt, allerdings mit gewissen Bauchschmerzen. Man konnte aus den Äußerungen unter anderem von Herrn Jahnke entnehmen, daß die Mittel gezielt für die Stadtteile Friesland und Wybelsum eingesetzt werden sollen.

Eine Bevorzugung bestimmter Klientel lehnen wir jedoch ab. Wenn es einen nachvollziehbaren Prioritätenkatalog der Verwaltung gibt, dann verlangen wir, daß er entsprechend abgearbeitet wird. Ich könnte Ihnen auch in der Innenstadt jede Menge Straßen zeigen, die sich in einem katastrophalen Zustand befinden. Wenn aber die Straßenverhältnisse in den von Ihnen genannten Stadtteilen so schlecht sind, und dies will ich nicht bestreiten, dann wären sie aus dem vorhandenen Topf auf jeden Fall bedient worden.

Zusammenfassend will ich noch einmal betonen: Der Nachtragshaushalt findet unsere Zustimmung. Dies gilt auch für den Eckdatenbeschluß, der uns von der Verwaltung vorgelegt wurde. Die Haushaltskonsolidierung ist damit noch nicht beendet, es gibt weiterhin Risiken, die das Ziel gefährden. Aber erfreulich ist die Entwicklung des letzten Jahres allemal."

**Herr Bolinius** erklärt, seine Fraktion habe frühzeitig einen Nachtragshaushalt verlangt. Dieser setze sich zusammen aus 33,6 Mio. DM Gewerbesteuer und 5,9 Mio. DM aus dem Finanzausgleich. Das meiste Geld solle dem Schuldenabbau dienen, und die Bundesregierung sei schon wieder dabei, Kosten auf die Kommunen abzuwälzen, z.B. das Wohngeld für die Sozialhilfeempfänger.

Die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen sei insgesamt sehr gut gewesen, und er möchte sich insbesondere bei der SPD-Fraktion, Herrn Leeker und Herrn Jahnke, bedanken. Die Wünsche seiner Fraktion seien insgesamt erfüllt worden.

Einen Punkt möchte er noch erwähnen, nämlich die Überprüfung der Verwaltung. Diesbezüglich habe er aus dem von Tony Blair und Gerhard Schröder erarbeiteten Positionspapier zitiert, daß die Leistungen und Ziele zu überwachen und schlechte Leistungen auszumerzen seien. Daß entsprechend so verfahren werde, sei ihm in der Lenkungsgruppe zugesagt worden. Es sei nicht das Ziel, Leute abzubauen, sondern Leute vernünftig ein- und umzusetzen.

Des weiteren weise er darauf hin, daß bezüglich der BBS-Halle ein Problem auf Rat und Verwaltung zukommen könne. Es seien Gespräche seitens der Verwaltung und der Fraktionen mit dem HCE und dem RSV geführt worden, die gern wieder in die Nordseehalle gehen würden, weil der Boden der BBS-Halle abgängig sei. Man warte diesbezüglich noch auf eine Antwort. Wenn jetzt unmittelbar das Aus käme, müßte man einige 100.000 DM zur Verfügung stellen. Vielleicht könnte man dies noch in den Sommerferien klären.

Insgesamt gesehen sei seine Fraktion sehr zufrieden und möchte sich ebenfalls bei der Verwaltung bedanken. Sie stimme dem Nachtragshaushalt zu.

**Herr Bongartz** führt ergänzend aus, man sei sich einig gewesen, der FHO einen Zuschuß in Höhe von 100.000 DM für ein Projekt zur Verfügung zu stellen. Da dort aber im nächsten Jahr eine andere größere Sache anstehe, sollte man diese unterstützen.

Außerdem habe Einigkeit darüber bestanden, daß die Kriminalprävention, wenn sie als kommunale Einrichtung ihre Tätigkeit aufnehmen solle, mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden müsse.



## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

**Herr Jahnke** merkt zu den Ausführungen von Herrn Renken bezüglich der Besetzung der Gesellschafterversammlung der AAGE an, daß es noch Gespräche geben werde, um das Ganze auf eine breitere Basis zu stellen. Deshalb sei der Punkt heute abgesetzt worden.

Zu Ziffer 12 der Anlage 2 zum Verwaltungshaushalt (Verlustabdeckung AAGE) möchte er beantragen, daß die 200.000 DM als Mittel für gezielte beschäftigungspolitische Maßnahmen anhand von Projekten eingesetzt würden.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Beschluß: Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Sodann erfolgt die Abstimmung über die Vorlage 13/883/2.

Beschluß: Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte I. Nachtrags-  
haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1999.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 13/884  
Eckdatenbeschluß zum Haushalt 2000

**Herr Hemken** trägt vor, mit diesem Eckdatenbeschluß würden auf der Grundlage des Neuen Steuermodells die Rahmenbedingungen für die Aufstellung des Haushalts 2000 geschaffen, so daß man danach die Überlegungen und Planungen ausrichten könne. Als wichtigste Position sei dabei zu beachten, daß das Defizit 4.650.000 DM nicht überschreiten dürfe.

Herr Hemken gibt sodann Erläuterungen zu den Positionen des Verwaltungs- und Vermögenhaushaltes, wie im einzelnen in der Vorlage aufgeführt. Zu der von Herrn Bolinius aufgeworfenen Frage müsse er leider bestätigen, daß es in dem Sparpaket des Bundesfinanzministers heiße, das Wohngeld für die Sozialhilfeempfänger sollten die Kommunen tragen. Das pauschale Wohngeld, das bisher in voller Höhe erstattet worden sei, betrage immerhin 5 Mio. DM und würde natürlich die Eckdaten berühren. Er könne sich aber nicht vorstellen, daß Bund oder Land es zuließen, daß die Kommunen damit zusätzlich belastet würden, und vertraue darauf, daß es einen Gegenfinanzierungsvorschlag geben werde. Der Protest des Deutschen Städtetages gehe in diese Richtung.

Die Verwaltung empfehle, den Eckdatenbeschluß in der vorliegenden Form zu beschließen.

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügten Eckdaten zum Haushaltssoll 2000.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 10: Vorlage 13/914  
Schlachthof Emden GmbH; Pflichtprüfung der Jahresabschlüsse

**Herr Hemken** erläutert, die Prüfung durch das RPA beziehe sich auf das Jahr 1998, da der Schlachthof seit Frühjahr 1999 wieder verpachtet sei. Die nächste Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer erfolge dann wieder für den Jahresabschluß 2001.

## Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999

**Herr Renken** weist darauf hin, daß es Probleme geben könnte insofern, als die Prüfung von dem Geschäftsführer des Schlachthofes vorgenommen werde.

**Herr Hemken** erwidert, sobald Herr Ellen die Stelle im RPA angetreten habe, müsse ein neuer Geschäftsführer bestellt werden, damit es keine Überschneidungen gebe.

Nach Meinung von **Herrn Bongartz** sollte man sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß irgend etwas manipuliert werde, und deshalb einen Weg finden, der diesen Verdacht gar nicht erst aufkommen lasse.

**Herr Hemken** entgegnet, die Prüfer seien unabhängig voneinander tätig. Herr Ellen werde die Prüfung nicht selbst vornehmen, sondern ein von ihm bestellter Prüfer.

Beschluß: Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden wird beauftragt, im Rahmen der Befreiung durch die Bezirksregierung Weser-Ems, die Prüfung der Jahresabschlüsse der Schlachthof Emden GmbH vorzunehmen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 11: Vorlage 13/936  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1999

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt 12: Vorlage 13/889  
Ehrung verdienter Emdener Persönlichkeiten der Aufbaujahre nach 1945

**Herr Röttgers** teilt mit, es gebe immer wieder Anfragen und Vorschläge, verdiente Emdener Persönlichkeiten der Nachkriegsjahre durch Umbenennung von Straßen zu ehren. Dies sollte nach Meinung der Verwaltung nur noch in besonders begründeten Ausnahmefällen geschehen, weil damit doch ein großer Aufwand verbunden sei.

Um die Verdienste dieser Frauen und Männer der "Ersten Stunde" dennoch zu würdigen, werde vorgeschlagen, eine Gedenktafel im Ratssaal aufzustellen. Stadtplanungsausschuß und VA hätten sich dieser Empfehlung einstimmig angeschlossen. Ebenso gebe es Reaktionen aus der Öffentlichkeit, die dieses Vorhaben unterstützten. Es werde demnächst ein Vorschlag unterbreitet, wie die Gedenktafel aussehen könnte.

**Herr Bongartz** bemerkt, Straßenumbenennungen seien für die Anwohner und dort ansässigen Firmen infolge der Adressenänderung mit erheblichem Kostenaufwand verbunden. Von daher begrüße man die Aufstellung einer solchen Gedenktafel. Allerdings sollte sich der Rat mit diesem Beschluß nicht gänzlich die Möglichkeit nehmen, verdienten Bürgern dieser Stadt in zukünftigen Neubaugebieten eine Straße zu widmen.

Beschluß: Zum Gedenken an verdiente Emdener Persönlichkeiten der Aufbaujahre nach 1945 wird eine Gedenktafel im Ratssaal, beispielhaft mit den Namen der Ratsvertreter der von der Militärregierung berufenen "Ernannten Stadtvertretung" vom 07.12.1945 sowie des ersten frei gewählten Rates der Stadt Emden nach der Gemeindewahl vom 13.10.1946, aufgestellt. Eine Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen aus diesem Anlaß wird aus grundsätzlichen Erwägungen nicht vorgenommen.

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999

Punkt 13: Vorlage 13/73/4  
Bebauungsplan D 127 - mit gestalterischen Festsetzungen  
- Änderung der Flächen für Ausgleichsmaßnahmen

Beschluß: Die Ausgleichsflächen für den Bebauungsplan D 127 werden auf dem städtischen Flurstück 33, Flur 11, Gemarkung Twixlum angelegt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 14: Vorlage 13/673/3  
32. Änderung des Flächennutzungsplanes (Stadtteil Borssum, Gebiet östlich Wykhoffweg, südwestlich Kleingartenanlage "Heimaterde", nordwestlich "Borssumer Alte Maar", nördlich des Baugebietes D 119 "Ginsterweg")  
- Feststellungsbeschuß (Stadium III)

**Herr Röttgers** führt aus, im Rahmen der öffentlichen Auslegung seien keine Bedenken oder Anregungen eingegangen, so daß heute der Feststellungsbeschuß gefaßt werden könne.

Für den zugehörigen Bebauungsplan sei in der letzten VA-Sitzung die öffentliche Auslegung beschlossen worden, so daß in der nächsten Ratssitzung auch hier der Satzungsbeschuß vorgelegt werden könne.

Beschluß: Die 32. Änderung des Flächennutzungsplanes und der zugehörige Erläuterungsbericht werden beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 15: Vorlage 13/832/1  
33. Änderung des Flächennutzungsplanes Stadtteil Uphusen, nördlich der Uphuser Straße  
- Aufstellungsbeschuß (Stadium I)

**Herr Röttgers** erläutert die Vorlage und umreißt anhand des Planes das als Wohnbauland auszuweisende Gelände. Die Bauvoranfrage eines dort ansässigen Landwirtes auf Errichtung einer Schweinemastanlage sei abgelehnt worden, da der Standort nicht mit der geplanten Wohnbebauung vereinbar sei. Ihm seien verschiedene Alternativstandorte angeboten worden.

Wenn der Aufstellungsbeschuß in der erweiterten Form sowohl für den FNP als auch für den Bebauungsplan nicht gefaßt werde, sehe er keine Chance, die Errichtung einer solchen Anlage unter Beachtung der notwendigen Kriterien zu ermöglichen.

**Herr Groeneveld** bemerkt, nach Angaben des Landwirtes sei vorher nicht mit ihm verhandelt und auch die Bauvoranfrage nicht fristgerecht beantwortet worden. Der TOP sollte heute abgesetzt werden, weil die Verhandlungen mit dem Landwirt s. E. nicht ausreichend gewesen seien. Dieser habe den Ausschuß eingeladen, um sich vor Ort ein Bild zu machen.

**Herr Röttgers** entgegnet, es sei mit dem Landwirt nachweislich dreimal verhandelt worden, wobei man ihm nahegelegt habe, die Anlage in den nördlichen Bereich zu legen, was er aber abgelehnt habe. Entscheidend sei, daß die Stadt das Gelände erworben habe, bevor das Pachtverhältnis auf den Landwirt übergegangen sei. Die Bauvoranfrage sei am

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

22.02.1999 gestellt worden, die aber unvollständig gewesen sei. Es habe mehrere Gespräche mit dem Landwirt gegeben, der selber um Aussetzung der Entscheidung gebeten habe. Die Anforderung eines rechtsmittelfähigen Bescheides sei dann am 07.05.1999 gestellt worden. Daraufhin sei nochmals mit ihm gesprochen und das Bebauungsplanverfahren eingeleitet worden.

**Herr Renken** erklärt, seine Fraktion habe bereits bei den Beratungen der ersten Vorlage im Stadtplanungsausschuß gegen die geplante Bebauung gestimmt und werde das auch jetzt tun, weil sie Konflikte sehe zu den im Landschaftsrahmenplan beschriebenen Zielen. Danach sei ein Teil des Gebietes als naturschutzbedürftig nach dem Nieders. Naturschutzgesetz ausgewiesen.

Seiner Meinung nach sollte schon vor der Erstellung einer solchen Planung und vor einem Grundstückskauf der Landschaftsrahmenplan mit in die Entscheidung einbezogen werden, so daß diese Dinge im Frühstadium geklärt werden könnten. Man werde gegen alle künftigen Bebauungspläne stimmen, solange nicht ein befriedigendes Verfahren gefunden worden sei. Im übrigen könne er nur hoffen, daß weitere Massentierhaltung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unterliege. Seine Fraktion könne solche Dinge jedenfalls nicht unterstützen.

**Herr Bongartz** führt aus, seine Fraktion sei nicht gegen den Bebauungsplan in der alten Form, um dort Bauland zu entwickeln. Es wüßten aber alle um die Problematik, daß es bei der Erschließung weiterer Baugebiete Interessenkonflikte mit den Landwirten geben werde, denn nur von diesen könnten die Flächen erworben werden, und dafür müßten wieder Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden. Es werde daher in der Zukunft eine schwierige Aufgabe sein, einen fairen Interessenausgleich herbeizuführen. In diesem Falle sei zu überlegen, ob einem Landwirt, der in seiner Existenz bedroht werde, ein solches Vorhaben ermöglicht werde.

**Herr Röttgers** weist darauf hin, daß die Abwägung das wesentliche Element der ganzen Bauleitplanung sei, und keiner der letzten Bebauungspläne sei ohne Konflikte über die Bühne gegangen. Man müsse die öffentlichen und privaten Belange abwägen und eine Entscheidung treffen, und dies gehe nur im Rahmen des Verfahrens. Wenn vorher alles geklärt sei, sei das Verfahren überflüssig.

**Herr Leeker** betont, daß man die Interessen des Landwirtes sehr wohl berücksichtigen und einen Termin mit ihm vereinbaren werde, um zusammen mit Herrn Röttgers zu versuchen, die Angelegenheit in einem umfangreichen Gespräch zu klären. Man habe nicht die Absicht, jemanden um seine Existenz zu bringen.

**Herr Scholl** bekräftigt, daß das Bebauungsplanverfahren die einzige Möglichkeit biete, nach einer sachlichen Abwägung ein vernünftiges Ergebnis zustande zu bringen. Dem Landwirt könne nur geholfen werden, wenn die Planung jetzt auf den Weg gebracht werde.

Im Rat gebe es große Übereinstimmung, daß die Politik weiter verfolgt werden solle, in den einzelnen Ortsteilen dieser Stadt Bauland zur Verfügung zu stellen, um den Menschen, die dort aufgewachsen oder auch zugezogen seien, die Möglichkeit zu geben, dort ein Eigenheim zu errichten. Dieses Ziel gelte auch für Uphusen, und deshalb dürfe man das Verfahren nicht aufhalten.

**Herr Groeneveld** wirft ein, von Massentierhaltung könne keine Rede sein, sondern es solle ein Maststall genehmigt werden. Mit Massentierhaltung sei kein Geschäft zu machen, sondern nur mit Qualitätsfleisch, und genau das beabsichtige der Landwirt. Er werde der Erweiterung des Bebauungsplanes nicht zustimmen, denn die Errichtung einer solchen Anlage sei auch so möglich.

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

**Herr Renken** weist noch einmal darauf hin, daß es seiner Fraktion hauptsächlich darum gehe, daß die Naturschutzbelange berücksichtigt und bestimmte Gebiete in dieser Stadt nicht überplant würden.

**Herr Bongartz** ist erfreut darüber, daß mit dem Landwirt gesprochen und nach einer vernünftigen Lösung gesucht werde. Demnach sei die Aufstellung des Bebauungsplanes erforderlich, um dem Landwirt die Errichtung eines rechtlich abgesicherten Betriebes zu ermöglichen.

Beschluß: Das Verfahren zur 33. Änderung des Flächennutzungsplanes wird durchgeführt. Der Änderungsbereich ist in der Anlage zu dieser Vorlage dargestellt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 5

Punkt 16: Vorlage 13/831/1  
Bebauungsplan D 140 - Stadtteil Uphusen nördlich der Uphuser Straße  
- Aufstellungsbeschluß (Stadium I)

Beschluß: Der Bebauungsplan D 140 wird aufgestellt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist in der Anlage zu dieser Vorlage dargestellt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 5

Punkt 17: Vorlage 13/787  
Satzung der Stadt Emden über die Teilnahme an den Wochenmärkten (Wochenmarktordnung)

Beschluß: Die der Vorlage 13/787 als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Emden über die Teilnahme an den Wochenmärkten (Wochenmarktordnung) wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 18: Vorlage 13/788  
Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Wochenmarktgebühren (Wochenmarktgebührensatzung)

Beschluß: Die der Vorlage 13/788 als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Wochenmarktgebühren (Wochenmarktgebührensatzung) wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

Punkt 19: Vorlage 13/837  
1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden

**Herr Röttgers** trägt vor, es gebe Ortsfeuerwehren in Emden, die nicht die Mindeststärkeverordnung erfüllten, so daß nur durch eine Zusammenlegung dieses Problem gelöst werden könne. Hiervon seien betroffen die Ortswehren Wybelsum/Logumer Vorwerk sowie Uphusen/Marienwehr.

Wenn die Selbständigkeit aufgegeben werden solle, so sei dies schmerzlich, aber nach langen Diskussionen könne jetzt der Vorschlag gemacht werden, die Satzung dahingehend zu ändern, daß es statt der bisherigen 9 jetzt noch 7 Ortsfeuerwehren gebe.

Hinsichtlich der Ortsfeuerwehr Uphusen/Marienwehr sei vereinbart worden, daß Marienwehr das Feuerwehrhaus, das Fahrzeug und die Übungsmöglichkeit behalte, die Einsätze jedoch zusammen mit Uphusen unter einem Kommando durchgeführt würden. Der stellvertretende Ortsbrandmeister komme jeweils aus dem anderen Stadtteil und könne als beratendes Mitglied an den Kommandositzungen teilnehmen.

**Herr Leeker** ist mit dem gefundenen Kompromiß zufrieden und möchte sich bei der Verwaltung für ihre Bemühungen bedanken. Er hoffe, daß die Schwierigkeiten, die es zwischen den Ortswehren gegeben habe, vor der Zusammenlegung hätten ausgeräumt werden können und sich die Zusammenarbeit als gut erweise.

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage beigefügte I. Satzung zur Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden vom 16.03.1988.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 20: Vorlage 13/859  
Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Emden

**Herr Hellmann** spricht sich gegen diese Vorlage aus, weil man seiner Meinung nach etwas großzügiger mit den Elternwünschen hätte umgehen können. Stattdessen ziehe man willkürlich eine Grenze durch den Stadtteil Constantia und zerstöre damit die durch den gemeinsamen Schulbesuch gewachsenen Freundschaften.

**Herr Groeneveld** sieht Ähnliches auf Wolthusen/Uphusen zukommen und lehnt die Vorlage ebenfalls ab.

Beschluß: Die der Vorlage als Anlage 4 beigefügte "2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Emden vom 04.12.1997" wird beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 7

## **Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.07.1999**

---

Punkt 21: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Neue Zeitpraxis im öffentlichen Dienst;  
Vorstellung des Arbeitszeitmodells für den Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden durch den Personalrat

**Herr Brinkmann** teilt mit, die Vorstellung des Arbeitszeitmodells könne heute nicht erfolgen, da es noch Unstimmigkeiten gebe, und werde deshalb auf den September vertagt.

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.40 Uhr.